



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Brexit-Frist erneut verlängert

Großbritannien erhält für die Zustimmung zum Austrittsabkommen mehr Zeit

In der Nacht zum Donnerstag haben die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel in Brüssel die Frist für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bis Ende Oktober verlängert. Mit der erneuten Fristverlängerung für den Austritt der Briten aus der EU ist der Chaos-Brexit, der an diesem Freitag bevorgestanden hätte, vermieden worden. Das ist im Interesse aller Beteiligten, denn ein unregelmäßiger Brexit hätte sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland schwere wirtschaftliche Verwerfungen zur Folge. Auch in Irland wäre eine Eskalation der Gewalt zu befürchten.

Nun haben die Briten mehr Zeit, ihre innenpolitische Krise zu überwinden. Welche Lösung dabei herauskommt, ist heute noch nicht absehbar. Aber nachdem das mit der EU verhandelte Austrittsabkommen dreimal im Parlament gescheitert ist, hat Premierministerin May endlich ihre Bereitschaft erklärt, mit der Opposition ins Gespräch zu kommen. Das war mehr als überfällig, denn bei einer so schicksalhaften Entscheidung müssen Regierung und Opposition gemeinsame Lösungen ausloten. Die Reaktionen aus beiden

Parteien zeigen, dass das nicht einfach wird. In Großbritannien haben parteiübergreifende Lösungen im dortigen politischen System keine Tradition, denn das Wahlrecht garantiert dem Wahlsieger fast immer eine absolute Mehrheit im Unterhaus. Koalitionsregierungen, wie sie in Deutschland völlig normal sind, sind dort die absolute Ausnahme. Entsprechend verhärtet sind auch die politischen Fronten. Nun bleibt zu hoffen, dass die eingeräumte Zeit sinnvoll genutzt wird. Bislang hat das Unterhaus nämlich nur erklärt, welche Lösungen es alles nicht will.

Wenn das britische Parlament das Austrittsabkommen nicht vor der Europawahl am 23. Mai ratifiziert, müssen die Briten an der Wahl teilnehmen. Andernfalls scheidet Großbritannien Ende Mai unregelmäßig aus der Europäischen Union aus. Durch die jetzt vereinbarte flexible Verlängerung haben die Briten es außerdem in der Hand, die Europäische Union auch früher als Ende Oktober zu verlassen. Voraussetzung ist, dass sie dem Austrittsabkommen vorher zustimmen. Nachverhandlungen wird es nicht geben. ■

Wohnraum entsteht durch Bauen, nicht durch Enteignung!

Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Wir alle merken, dass die Frage des bezahlbaren Wohnraums die neue soziale Frage ist.

Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen,

bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf 4 Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern. In den nächsten Wochen wird die Unionsfraktion zahlreiche Ideen vorstellen, wie das Bauen gefördert werden kann. ■

Digitalen Hausfriedensbruch bestrafen

Bayern hat im Bundesrat einen Gesetzentwurf zu härteren Strafen für den Diebstahl von Daten im Internet eingebracht. Immer wieder berichten Medien davon, dass Hackerangriffe in großem Stil die digitale Privatsphäre von Bürgern verletzen. Der bisherige Schutz über das Strafrecht ist für diese Delikte unzulänglich. Deshalb müssen wir nachsteuern, indem die Strafrahmen verschärft und beispielsweise ein neuer Straftatbestand des digitalen Hausfriedensbruchs eingeführt wird. Die Unionsfraktion wird sich intensiv gegenüber der SPD und dem Justizministerium dafür einsetzen, dass Strafbarkeitslücken schnellstmöglich geschlossen werden. ■

Neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“

Der Bundestag hat mit den Beratungen über ein neues Bundesprogramm „Jugend erinnert“ begonnen. Mit ihm soll die pädagogische Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten und Gedenkorten ausgebaut werden. Thematisch soll das Programm sowohl die NS-Terrorherrschaft als auch die SED-Diktatur umfassen.

Die Unionsfraktion lehnt verpflichtende Gedenkstättenbesuche von Schülern ab, weil das kontraproduktiv wäre. Wir wollen aber die Anreize stärken, sich an Gedenkorten intensiv mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen. Unser politischer Kernauftrag muss es sein, die nachfolgenden Generationen wirksam über Diktatur und Widerstand aufzuklären. Dabei muss sich die Erinnerungskultur modernisieren und sowohl den Generationswechsel wie auch die Migration berücksichtigen. Für das neue Programm sind in diesem Jahr bereits 7 Mio. Euro in den Bundeshaushalt eingestellt. ■

Fördergeld für Schwimmbad in Knittlingen

Die Stadt Knittlingen wird vom Bund bei der Sanierung des Freibads aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ mit 1.837.800 Euro unterstützt. Mit dem Sonderprogramm stellt der Bund den Kommunen in diesem Jahr 300 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung. Ursprünglich waren dafür lediglich 100 Mio. Euro vorgesehen, die aber auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zweimal aufgestockt wurden.

Im letzten Sommer wurde Gunther Krichbaum von der CDU-Gemeinderatsfraktion gebeten, den Knittlinger Förderantrag in Berlin zu unterstützen. Dies hatte er in einem Schreiben an den zuständigen Bundesinnenminister Seehofer gerne getan, denn das Freibad ist wegen seiner Lage, seiner Überschaubarkeit und seines natürlichen Zuflusses besonders bei Familien sehr beliebt.

Bedauerlich ist es natürlich, dass die weiteren Förderanträge aus Heimsheim, Pforzheim und Remchingen nicht bewilligt wurden. Allerdings war das Programm trotz der Mittelaufstockung zehnfach überzeichnet. Von den knapp über 1200 förderfähigen Projektvorschlägen konnten bundesweit nur 186 Projekte gefördert werden. ■

Rückkehr zur Meisterpflicht

Eine Koalitionsarbeitsgruppe hat sich auf eine Novellierung der Handwerksordnung verständigt. Dabei soll die Meisterpflicht wieder auf mehr Gewerke ausgedehnt werden. Das ist bereits seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU, denn der Meisterbrief ist ein Qualitätssiegel, dem die Verbraucher vertrauen können. Zudem sind die Ausbildungszahlen in den meisterfreien Berufen deutlich gesunken. Eine fundierte duale Berufsausbildung ist aber der beste Start in das handwerkliche Berufsleben. Dafür werden wir in ganz Europa beneidet und viele Länder wollen unserem Vorbild folgen. Bestehende Betriebe von Gewerken, die künftig wieder der Meisterpflicht unterliegen werden, sollen einen dauerhaften Bestandsschutz bekommen. Gunther Krichbaum war bereits kurz nach seiner ersten Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahr 2002 Berichterstatter seiner Fraktion für die Änderung der Handwerksordnung im Europaausschuss. Die Unionsfraktion hielt damals die Abschaffung der Meisterpflicht für einen schweren Fehler. In zähen Verhandlungen konnte immerhin erreicht werden, dass Rot-Grün seine Pläne ändern musste. Statt in 65 Gewerken wurde die Meisterpflicht nur in 53 Berufen aufgehoben. Diese Zahl soll nun wieder erhöht werden. Die Koalition plant, einen entsprechenden Gesetzesentwurf in der Sommerpause zu erarbeiten und die parlamentarischen Beratungen im Herbst durchzuführen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. ■